

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vergeltung

Die Anschläge von Istanbul, die offenbar den Polizeikräften galten, werden den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan nicht von dem Weg abbringen, den er schon vor dem gescheiterten Putsch im Juli eingeschlagen hat. Im Gegenteil. Den Terroristen hat er Vergeltung versprochen, weil sie auf jeden „positiven Schritt“, den das Land gehe, mit Blut antworteten. Der „positive Schritt“, von dem Erdogan unmittelbar nach den Anschlägen sprach, war wohl die kurz zuvor ins Parlament eingebrachte Verfassungsreform, die den „Beginn einer neuen Ära“ markieren soll. Diese sieht vor, dass die Machtbefugnisse des Präsidenten ausgeweitet werden. Dabei wäre diese Reform nur der Nachvollzug einer eingetübten Praxis. Denn dass Erdogan im Land das Sagen hat, bezweifelt niemand. Natürlich ist der Anschlag zu verurteilen, was von Washington bis Berlin alle getan haben. Erdogan und seine Anhänger werden sich aber durch solche Taten darin bestärkt sehen, dem Land eine straffe und unnachgiebige Führung verschaffen zu müssen. Für die Zusammenarbeit, etwa in der Flüchtlingspolitik, verheißt all das nichts Gutes. **riw.**

Verhängnis

Der menschenverachtende Bombenanschlag auf eine koptische Gottesdienstgemeinde in Kairo war nicht der erste seiner Art. Und der Tod Dutzender Wehrloser wird wohl nicht der letzte Akt sein in einem langsamen, aber scheinbar unaufhaltsam vorschreitenden Prozess der Auslöschung der jahrtausendealten Präsenz von Christen im Nahen und Mittleren Osten. Mögen sie untereinander noch so zerstritten sein, von Ägypten über Syrien bis in den Irak wird den Christen zum Verhängnis, dass sie es angesichts eines immer militanter werdenden sunnitischen Islams lieber mit Saddam Hussein, den ägyptischen Militärs von Mubarak bis al Sisi und selbst mit den Assad hielten (und halten). Aber blieb ihnen – seit der gewaltsamen Ausdehnung des Islams im siebten Jahrhundert – je eine andere Wahl, als sich auf den Schutz des Stärksten zu verlassen? Perser, Araber und Osmanen, erst recht nicht der arabische Nationalismus des 20. Jahrhunderts wurden ihnen je so gefährlich wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts der Kampf der verschiedenen Islamismen um die religiöse wie die politische Hegemonie. **D.D.**

Verwaltung

Die Berliner Stadtentwicklungssenatorin von der Linkspartei will ihre Behörde von einem ehemaligen Stasi-Mann leiten lassen. Ein früherer Gefreiter des Wachregiments Feliks Dzierzynski soll beamteter Staatssekretär werden – für die Gegner der rot-roten Koalition ein gefundenes Fressen, um Sorge um das arme Deutschland zu äußern! Nun handelt es sich allerdings bei Andrej Holm nicht um einen engen Mitarbeiter Mielkes, auch nicht um jemanden, der einst andere ans Messer lieferte. Zudem war er beim Fall der Mauer erst 19 Jahre alt. Mittlerweile hat er sich als Stadtsoziologe einen Namen gemacht und steht auf der Seite der Armen, wenn es um deren Wohnraum geht. Ob ihm der Wechsel von der Universität an die Behörden-spitze gelingt, bleibt abzuwarten. Verwaltungserfahrung hat er nicht. Wissenschaftliche Expertise beim Thema Mietanstieg allein wird jedenfalls ebenso wenig ausreichen wie die Bewunderung für den verstorbenen Diktator Hugo Chávez – weil die Möglichkeiten eines deutschen Amtschefs eher begrenzt sind und die Verwaltung Berlins insgesamt stark verrottet ist. **rab.**

Der letzte Sozialist regiert in Portugal

Ministerpräsident António Costa steht ein Jahr nach seinem Amtsantritt überraschend gut da / Von Leo Wieland

LISSABON, im Dezember Ohne den Italiener Matteo Renzi und – demnächst – den Franzosen François Hollande sieht es für Europas Sozialdemokraten weithin düster aus. In der Eurozone bleibt dann als Regierungschef nur noch der portugiesische Ministerpräsident António Costa übrig. Der agile ehemalige Bürgermeister von Lissabon ist ein politisches Vollblut, das seine Sozialistische Partei (PS) wie einen Traditionsverein führt. Mehr Mindestlohn, weniger Kürzungen im öffentlichen Dienst, mehr Feiertage und „Reichensteuern“, Stromrabatte für bedürftige Familien, weniger Privatisierung und Wiederverstaatlichungen (Fluggesellschaft TAP) sind erkennbare sozialdemokratische Markenzeichen. Zumindest in dem ärmsten westlichen Land der Europäischen Union scheint das noch ein Erfolgsrezept zu sein. Costa steht jedenfalls ein Jahr nach seinem Amtsantritt überraschend gut da.

Staatspräsident Marcelo Rebelo de Sousa, der aus den Reihen der bürgerlich-konservativen Sozialdemokratischen Partei (PSD) kommt – und einst als Jura-Professor den Studenten Costa unterrichtet hat –, machte diesem das Kompliment, dass er bislang „die Erwartungen übertroffen“ habe. Auch in Brüssel fand Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici lobende Worte, wenn er befand, dass unter all den Sünderländern, die noch heftige Mühe mit ihren Haushaltsplänen für das kommende Jahr hätten, Portugal inzwischen „der beste Schüler“ sei. Mögen auch die Staatsschulden in Costas Premierienjahr noch weiter auf 133 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (244 Milliarden Euro) gestiegen sein – und Portugals Banken keineswegs bebessert sein. Wenn Costa im Fernsehen mit charmantem Lächeln beteuert, dass seine Regierung ein neues „Klima der Stabilität“ geschaffen habe und dass das Land „mit Ruhe und Zuversicht“ in seine finanzielle Zukunft schauen könne, dann wird ihm das von vielen Landsleuten geglaubt.

Die jüngste Meinungsumfrage warf für ihn einen kräftigen Bonus aus. Würde wieder gewählt, dann erhielte seine Partei jetzt 37 Prozent der Stimmen, fünf Prozentpunkte mehr als bei der Abstimmung im Oktober 2015, und damit schon einer absoluten Mehrheit nahe. Das ist ein erstaunlicher Erfolg, wenn man bedenkt,

dass die letzte sozialistische Regierung unter dem unter Korruptionsverdacht stehenden Ministerpräsidenten José Sócrates Portugal an den Rand des Ruins geführt hatte, so dass die Troika es im Jahr 2011 mit einem 78-Milliarden-Kredit „retten“ musste. Die konservativen Sanierer unter Regierungschef Pedro Passos Coelho, die in den anschließenden vier Jahren Wirtschaft und Finanzen mit schmerzlicher „Austerität“ wieder auf Kurs brachten, wurden dagegen bei der letzten Wahl abgestraft und würden jetzt hinter den Sozialisten liegen.



Haushaltsdebatte in Lissabon: Antonio Costa (links) am 4. November

Foto AFP

Dabei führt Costa – anders als die alte Mitte-rechts-Koalition von Passos Coelho, die über eine absolute Mehrheit im Parlament verfügte – nur eine Minderheitsregierung. Dass er überhaupt an die Macht gelangte, verdankte er einem beispiellosen Schulterschluss mit zwei kommunistischen Parteien, die den Sozialisten über mehr als vier Jahrzehnte seit der „Nelkenrevolution“ von 1974 spinnefeind waren. Zwar gehören der Linksblock (BE), welcher den spanischen Populisten von Podemos ähnelt, und die traditionelle

Kommunistische Partei (PCP) selbst der Regierung nicht an. Sie unterstützen sie aber und haben sich in der Erhebung mit 9,7 Prozent für den Block und 8,2 Prozent für die PCP gegenüber ihren Wahlergebnissen ebenfalls respektabel behauptet.

Auch das ist verblüffend, denn die zwei Linksparteien, die eigentlich gegen die Nato und den Euro sind, schimpfen auf ihren Parteiversammlungen munter weiter auf die „imperialistischen Unterdrücker“ in Brüssel und die „alljährliche Defizit-Erpressung“ beim Budget durch die Europäische Kommission. Sie drohen mitunter so-

tro, den verstorbenen Führer der „Insel der Freiheit“. Ihn als Diktator zu bezeichnen, so hieß es, wäre ein „Irrtum“. Die Gerüchte um politische Gefangene und mangelnde Bürgerrechte auf Kuba seien schlicht ein „Mythos“. Costas Helfer zur Linken versäumten die Gelegenheit auch nicht, auf die „außerordentlichen Fortschritte“ der russischen Oktoberrevolution hinzuweisen und den „Aufbau des Sozialismus“ in der Sowjetunion und anderswo zu preisen. Derlei traut sich im heutigen Europa inzwischen kaum noch eine „Bruderpartei“.

Costas Schicksal wird freilich, falls die Kommunisten ihn nicht aus ideologischen Gründen doch noch fallenlassen, von der Entwicklung der Wirtschaft abhängen. Die guten Jahreszahlen für ihn sind: leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit (10,5 Prozent), leichtes, vom Tourismus und der Auslandsnachfrage getriebenes Wachstum (voraussichtlich bis zu 1,4 Prozent), Haushaltsdefizit 2016 wahrscheinlich erstmals seit 42 Jahren unter der Drei-Prozent-Grenze. Auch von dem Kredit des Internationalen Währungsfonds soll demnächst wieder, um Zinsen zu sparen, eine neue Rate von rund zwei Milliarden vorzeitig zurückgezahlt werden.

Problematisch für die Kalkulationen des Finanzministers Mário Centeno bleiben der Schuldenberg und die nächste – aus Gründen der Etat-Statistik auf 2017 verschobene – Milliardenzahlung zur „Rekapitalisierung“ der Wackelbank Caixa Geral de Depósitos. Wenn Costa und Centeno eine Legislaturperiode lang durchhalten sollten, dann wird früher oder später aber doch das Thema Schuldenschnitt wieder angeschnitten werden. Dem Ministerpräsidenten schwebt da eine „gesamteuropäische Lösung“ vor, die außer Portugal auch andere überschuldete Staaten des Währungsverbunds im Süden in einen solidarischen großen Lastenausgleich einbezieht. Es ist genau das, was Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und andere im Norden, wie sie sagen, nicht wollen. Der Realist Costa merkte daher verständlich an, dass man über dieses Thema wirklich fruchtbringend sowieso „erst nach den nächsten Wahlen in Deutschland“ reden könne.



Paolo GENTILONI

Foto AFP

Renzis Statthalter

Alles lief zum Schluss auf den italienischen Außenminister Paolo Gentiloni zu. Am Sonntag beauftragte Staatspräsident Sergio Mattarella den „proletarischen Grafen“ mit der undankbaren Aufgabe, als Nachfolger von Matteo Renzi eine Übergangsregierung zu bilden, die vor allem die Wahlgesetze für Senat und Abgeordnetenhaushaus schreiben sowie in vorgezogene Wahlen spätestens im Sommer 2017 führen soll.

Für den 1954 in Rom geborenen Gentiloni ist das freilich eine Chance; über all die Jahre seines politischen Engagements war es bisher dem „Mann der zweiten Reihe“ aus Renzis „Partito Democratico“ (PD) nicht gelungen, ins Scheinwerferlicht zu rücken. Dabei war er schon von 2006 bis 2008 Kommunikationsminister in der Regierung von Romano Prodi und führt seit dem 31. Oktober 2014 als Nachfolger der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini das Außenministerium. Hier machte er sich als getreuer Gefolgsmann seines Ministerpräsidenten einen Namen, mit dem er nie solche Spannungen hatte wie einst Mogherini mit Renzi.

Die Verbindung zu Renzi prädestiniert Gentiloni nun zu dessen Nachfolge. Zwar will Renzi von allen Regierungslasten befreit sein, um sich und seine Partei unbelastet in einen mutmaßlich ruppigen Wahlkampf gegen die Populisten von allen Seiten zu führen. Zugleich soll sein Statthalter im Palazzo Chigi Italien in seinem Sinne so weiterlenken, dass er nach einem erhofften Wahlsieg eine erfolgreichere zweite Regierungsära beginnen kann.

Staatspräsident Mattarella möchte eine stabile Regierung, die Italien nach drinnen wie nach draußen vertrauenswürdig lenkt. Das hätte auch der derzeitige Wirtschafts- und Finanzminister Pier Carlo Padoa-Schioppa erreichen können, der als Kandidat genannt wurde. Doch gegen seine Berufung spricht, dass Padoa in der Banken- und Finanzkrise nicht ersatzbar erscheint. Er dürfte mithin auch zum Kabinett Gentiloni gehören.

Für den Kommunikationsexperten und Politologen Gentiloni als Regierungschef spricht schließlich, dass er zu keinem der nun mit Renzi hadernden PD-Lager gehört. Er hat vielmehr nicht nur zu den Christdemokraten Renzi und der Gruppe um Kulturminister Dario Franceschini beste Kontakte. Er wird auch von der Linken im PD geschätzt: von der Fronde der Altkommunisten um Massimo D'Alema und den Sozialisten um Pier Luigi Bersani, auch wenn Gentiloni als „moderner Sozialdemokrat“ wie Gerhard Schröder oder Tony Blair gesehen werden möchte. Gentiloni ist mithin ein Kompromisskandidat, der wohl keine eigene Rolle spielen wird, wenn in den kommenden Monaten der innerparteiliche Konflikt zwischen Renzis Mehrheits-PD und den Linken austragen werden dürfte.

Gentiloni hat nämlich von beiden Flügeln etwas. Er wurde streng katholisch erzogen, riss aber als Jugendlicher aus, um ins sozialistische Lager zu wechseln. Schließlich fand er über den früheren Bürgermeister von Rom Francesco Rutelli und Ex-Regierungschef Prodi im PD seine politische Heimat. 2012 wollte ihn Renzi zum Bürgermeister Roms wählen lassen. Doch damals setzte sich der linke und längst gescheiterte Ignazio Marino durch.

JÖRG BREMER

Fremde Federn: Seyed Hossein Mousavian

In der Ära Trump braucht Iran Europa

Seit der islamischen Revolution von 1979 waren Irans Beziehungen zu den großen europäischen Staaten brüchig, und sie hingen von den Launen der Sanktionsregelungen ab. Der Atom-Deal war der Wendepunkt. Er beseitigte die Sanktionen, und er öffnete die Tür zu einer breiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zu nachhaltigen Bindungen. Mit Donald Trump im Weißen Haus stellt sich die Frage, ob zwischen Iran und der EU dauerhafte und weitreichende Beziehungen entstehen können.

Trump wird den Atom-Deal sehr wahrscheinlich „nicht zerreißt“. Möglich ist, dass der Kongress neue Sanktionen unter dem Vorwand von Terrorismus oder Menschenrechten beschließt und dass Trump einige unterzeichnet. In der modernen Geschichte war aber kein Präsident so sehr Geschäftsmann wie Trump. Wahrscheinlich wird er iranische Aufträge an amerikanische Unternehmen befürworten. Dennoch erfordert Trumps Wahl einen neuen Fahrplan für Iran und die EU, um so Obamas Politik eines Engagements zu schützen, nachhaltige Beziehungen zwischen der EU und Iran zu gewährleisten und eine Eskalation in den amerikanisch-iranischen Beziehungen zu verhindern.

Die neue Lage im Nahen Osten erfordert für die EU und Iran, dass sie bei Themen kooperieren, bei denen – wie bei Terrorismus, Massenvernich-

tungswaffen und Menschenrechten – Meinungsverschiedenheiten bestehen. Beim Terrorismus ist klargeworden, dass die wirkliche terroristische Bedrohung von wahhabitisch-salafistischen Gruppen wie dem IS, Al Qaida, der Nusra-Front und Boko Haram ausgeht.

Die Unterstützung für diese Gruppen kommt großteils von den amerikanischen Verbündeten am Persischen Golf. Iran kämpft hingegen an der Front gegen sie. Die EU und Iran sollten heute beim Kampf gegen den Terror in einer institutionalisierten Kommission kooperieren. Eine solche Zusammenarbeit würde amerikanischen Hardlinern Vorwände nehmen, sie würde die globale Sicherheit erhöhen sowie die Differenzen zwischen Iran und dem Westen zum Terrorismus vermindern.

Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen ist eine weitere historische Quelle von Spannungen zwischen Iran und dem Westen. Mit dem „Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan“ (JCPOA), auf den sich die P5+1-Staaten und Iran am 14. Juli 2015 einigten, haben die Weltmächte alle notwendigen Garantien erhalten, um zu verifizieren, dass Iran keine Atomwaffen entwickelt. Der JCPOA ist die Vorlage für Iran und die EU, um gemeinsam einen Nahen Osten frei von Atomwaffen zu sichern und, mit dem gleichen Modell, auch frei von allen Massenvernichtungswaffen.

Andauern werden die Meinungsverschiedenheiten zwischen der EU und Iran bei den Menschenrechten. Ohne Zweifel liegt Irans Menschenrechtsbilanz Längen vor jener der amerikanischen und europäischen Verbündeten im Nahen Osten. Dennoch, ein konstruktiver Dialog zu Menschenrechten, der Brücken zwischen den islamischen und den christlichen Philosophien baut, hilft, Spannungen abzubauen.

Mit der Auflösung der iranischen Atomkrise wendet sich der Blick der Weltmächte den neuen Krisen in der Region zu, die den globalen Frieden und die Sicherheit bedrohen. Zwischen Iran und dem Westen hat das neue Graben geschaffen. Die Angriffe Saddam Husseins gegen Iran und Kuwait, die Amerikas gegen Afghanistan und den Jemen, Saudi-Arabiens gegen den Jemen, der Nato und arabischer Länder gegen Libyen – sie sind Hauptursachen für die Instabilität im Nahen Osten und für die Ausbreitung des Terrorismus. Bei diesen Übergriffen spielten leider europäische Staaten eine Rolle. Millionen wurden vertrieben, verletzt, getötet. Das bedroht die Sicherheit Europas und Irans und erfordert Zusammenarbeit.

Iran und die EU können eine „Kommission zur Bewältigung der Krisen im Nahen Osten“ bilden. Sie müsste auf fünf Grundprinzipien beruhen: dem Mehrheitswillen in einem Land; der Gewaltenteilung; freien Wahlen; den Rechten von Minderheiten; dem Wiederauf-

bau vom Krieg zerstörter Gebiete. In einem solchen Rahmen könnten die EU und Iran ihre Beziehungen vertiefen, und die EU könnte so für ein fortgesetztes amerikanisches Engagement mit Iran auch unter Präsident Trump sorgen. Iran braucht in den kommenden fünf Jahren Hunderte Milliarden Dollar für Wirtschaftsprojekte und Investitionen. Iran steht im Zentrum einer wirtschaftlichen Rivalität zwischen Amerika und der EU. Die kann beendet werden, wenn Europa und Iran die zahlreichen Vereinbarungen zur Wirtschaft und zu Investitionen, die sie seit dem JCPOA vorangetrieben haben, erfolgreich abschließen.

Trumps Kabinett wird das am meisten anti-iranische und „pro-regime-change“ seit der iranischen Revolution sein. Die EU muss gegenüber der Regierung Trump betonen, wie wichtig es ist, Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Trump kann die von Obama initiierte Denk-Schule, dass es möglich ist, mit Iran zu arbeiten, sogar übertreffen. Denn in der ersten Veranstaltung nach der Wahl sagte er: „Wir werden eine neue Außenpolitik betreiben, die aus den Fehlern der Vergangenheit endlich lernt. Wir werden aufhören, Regime und Regierungen zu stürzen.“ Die EU kann ihm dazu Mut machen.

Der Autor war von 1990 bis 1997 iranischer Botschafter in Bonn, von 2003 bis 2005 Sprecher der iranischen Delegation bei den Atomverhandlungen. Seit 2009 ist er Gastprofessor an der Princeton University.

Frankfurter Allgemeine
SELECTION
AUSGESUCHTES FÜR
KLUGE KÖPFE

F.A.Z. Selection steht für herausragende Qualität und anspruchsvolles Design – gefertigt in deutschen Manufakturen und von renommierten Herstellern. Die Produkte werden exklusiv für F.A.Z.-Leser entworfen. Besuchen Sie unseren Online-Shop!

EAMES ALUMINIUM LOUNGE CHAIR MIT OTTOMAN

F.A.Z. Special Edition: Das Aluminiumgestell silbrig glänzend und dunkelgrau mit einem Stoffbezug in Elfenbein.

Sichern Sie sich eines der letzten Exemplare für 3.970 Euro.

F.A.Z. SELECTION
www.faz.net/selection
Info: (069) 75 91-10 10